

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins
(Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

Erscheint jeden Sonnabend.

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer mit der illustrierten Beilage „Gärtner-Fachblatt“, Mitglieder dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich.
** Annahmeschluss für dringende Berichte: Montag früh **

Schriftleitung und
Versand:

Berlin S 42, Luisenufer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Bezugs-Bedingungen:

Vierteljährl. ohne „Gärtner-Fachblatt“ durch die Post 3.- Mk. unter Streifband 3,50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtner-Fachblatts“ vierteljährl. durch die Post 1.- Mk., unter Streifband 1,30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtner-Fachblatt“

Die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder des A. D. G. V. erhalten auch während dieser Zeit die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung regelmäßig zugestellt. Die Zustellung erfolgt vierzehntägig durch Feldpostbrief. Bei etwaigem Ausbleiben ist dies sofort der zuständigen Versandstelle zu melden und dabei jedesmal die genaue Feldadresse (ohne Abkürzungen!) mitzutellen. — Von der Beitragsleistung sind die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder befreit.
(Mitgliedsbücher sind beim Verbandsamt zum Aufbewahren zu hinterlegen.)

Das „Gärtner-Fachblatt“ wird während der Kriegszeit nicht herausgegeben; sein Anzeigenteil erscheint in dieser Zeit in der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“. — Anzeigen-Bedingungen: Die fünfgespaltene Nonpareillezeile 30 Pfg. Bei Wiederholungen Ermäßigung.
Schluß der Anzeigen-Annahme eine Woche vor dem Erscheintage.
Alleinige Anzeigen-Annahme:
Josef Wichterich, Leipzig, Bosestraße 6.

Kriegsspende Deutscher Frauendank 1915.

Der Weltkrieg wird für Tausende von Familien große Not im Gefolge haben. Sie lindern zu helfen ist Pflicht aller derjenigen, die in irgendeiner Weise dazu in der Lage sind. Sie tragen damit einen Teil der Dankesschuld ab an die Volksgenossen, die in strenger Pflichterfüllung Gesundheit und Leben geopfert haben.

Der Opfer sind viele, und die Kriegsfolgen sind zu mannigfaltig, als daß es genügt, die durch den Krieg Betroffenen auf die Hilfe durch das Reich zu verweisen. Auch die private Wohltätigkeit wird deshalb eingreifen müssen, und sie hat bereits in der Kriegszeit teilweise Hervorragendes geleistet.

Um diese zu weiteren Leistungen anzuregen, sie auch wirksam zusammenzufassen und um eine möglichst zweckmäßige und planmäßige Verwendung der Mittel zu erreichen, haben Frauenorganisationen die Gründung der

Kriegsspende Deutscher Frauendank 1915

vollzogen, der sich eine große Anzahl Frauenvereine aller Richtungen angeschlossen haben. Als Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen ist das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Organisation vertreten.

Die Spende Deutscher Frauendank wird einerseits der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen, andererseits den unter Führung des Staates gegründeten Ausschüssen für Kriegsinvalidenfürsorge angegliedert werden, deren Vertreter in der Verwaltung mitwirken.

Die Sammlung soll erfolgen durch Ortsausschüsse, die von den beteiligten großen Verbänden unter Hinzuziehung von Vertretern aller Bevölkerungskreise gebildet werden und dort, wo die Gründung von Ortsausschüssen nicht erfolgen kann, durch Landesausschüsse (Provinzialausschüsse), deren Zusammensetzung ähnlich zu erfolgen hat. Durch Veranstaltung von Bazaren, Blumentagen oder Festlichkeiten sollen Mittel nicht beschafft werden. Die Sammlungen können sowohl in Vereinen, wie auch öffentlich vorgenommen werden.

Die aufgebrachtten Mittel sollen für solche Personen verwendet werden, die durch die Nationalstiftung und die Ausschüsse für Invalidenfürsorge nicht oder erst in zweiter Linie berücksichtigt werden können, namentlich für die Mütter gefallener und invalider Krieger und für die Angehörigen von Kriegsbeschädigten, die durch Alter, Krankheit oder Inanspruchnahme in der Familie am eigenen Erwerb verhindert sind. Auch soll versucht werden,

Angehörigen Gefallener eine ihrer Begabung entsprechende Schul- oder Berufsbildung zu ermöglichen.

Die Organisation und der Plan für die Verteilung der Mittel wird der Sammlung weiteste Sympathie in allen Kreisen der Bevölkerung schaffen, so daß wenigstens einer Anzahl der schwer durch den Krieg betroffenen Personen wirksame Hilfe gebracht werden kann.

Gärten als Erholungsstätten für unsere heimkehrenden Krieger.

B. Cronberger schreibt in der Hannoverschen Garten- und Obstbau-Zeitung:

Unser deutsches Volk hat sich bisher in hervorragender Weise dankbar gegen unsere Feldgrauen gezeigt, die mit seltenem Mut und Tapferkeit das Vaterland gegen eine Überzahl von Feinden verteidigten und in endlosem, siegreichem Ringen und Kämpfen Tag für Tag vorwärts dringen. Große Anforderungen stellt dieses schier endlose Streiten an unsere armen Soldaten: viele von ihnen tranken mit ihrem Blute fremde Erde, viele kommen verstümmelt zurück, auch mancher schädigt seine Gesundheit auf Jahre hinaus — alles Opfer für das heilige Vaterland, aber auch für uns, die wir in banger Sorge um unsere Väter und Söhne auf heimatlischer Scholle zurückgeblieben sind und ihnen nur Trost und Zuspruch spenden können.

Dank, tausendmal Dank diesen tapferen Helden für ihre ruhmreichen Taten, für ihr tapferes Aushalten in diesem furchtbaren Kampfe! Aber mit Worten sei es nicht allein getan, dem Dank soll auch die Tat folgen! Die meisten unserer Kämpfer bedürfen nach ihrer Rückkehr längerer Zeit der Erholung und Entspannung von den übermenschlichen Anstrengungen.

Die Gartenbauförderung kann sich keine schönere, höhere Aufgabe stellen, als den heimkehrenden Kriegern Gärten als Erholungsstätten in der Nähe der Außenstadt zur Verfügung zu stellen, wo sie umgeben von einer friedlichen Natur in frischer, freier Luft bei leichter, angenehmer Beschäftigung Leib und Seele wieder kräftigen und neue Lust und Kraft zum Leben finden können. In der Bewirtschaftung der Scholle allein ist der Quell der Gesundheit:

Dich zu verjüngen, gibt es ein natürlich Mittel,

Ein Mittel, ohne Geld und ohne Arzt und Zauberei zu haben!

Begib dich gleich aufs Feld, fang an zu hacken und zu graben!

Nicht besser, schöner und wirkungsvoller könnten wir einer großen Zahl unserer heimkehrenden Feldgrauen unseren Dank für ihre Taten abtatten. Darum frisch ans Werk! Laßt uns ihnen zierliche Gärten einrichten, die ihnen als idyllische Erholungsstätten in einer freundlichen Umgebung dienen mögen! Wir sind der Zustimmung und Mitwirkung aller Kreise für diese neue herrliche Aufgabe im voraus sicher, und das gibt uns Mut und Kraft, an ihre Lösung sofort heranzutreten.

Lohnhöhe und Kriegsrente.

Immer wieder tritt bei den Unternehmern die Tendenz zutage, den Kriegsverletzten ihre Renten auf den Lohn in Anrechnung zu bringen. Das ist sicher eine offenbare Ungerechtigkeit, die, wenn sie vom einzelnen Unternehmer verübt wird, schon schärfste Zurückweisung fordert. Anscheinend treffen jetzt aber Unternehmerverbände solche Anweisungen an ihre Mitglieder, wie nachstehender Fall zeigt:

Ein Arbeiter, der im Kriege ein Bein einbüßte und jetzt ein künstliches Bein trägt, übte vor dem Kriege in einer Dresdener Fabrik eine Spezialarbeit aus, für die es bisher nur eine kleine Anzahl Arbeitskräfte gab. Seinem früheren Arbeitgeber war es sehr lieb, den geübten Arbeiter wieder zu bekommen. Die Firma kam dem Arbeiter in der ersten Zeit mit Erleichterungen in der Arbeitszeit entgegen, damit sich seine Verkrüppelung erst an die meisten im Stehen ausgeübte Tätigkeit gewöhnen sollte. Schon nach einigen Tagen ergab sich die volle Arbeitsfähigkeit des Arbeiters, wodurch er auch die regelrechte Arbeitszeit einhalten konnte und in der Güte wie auch in der Menge das volle Arbeitsergebnis wie vor dem Kriege erreichte. Für die Zeit seiner Einrichtung war ihm ein um 11 Mk. niedrigerer Lohn, als er vor dem Kriege bezogen hatte, angesetzt worden. Während sonst in dieser Fabrik jede Einstellung der Arbeiter von dem zuständigen Betriebsabteilungsleiter vorgenommen wird, wurde dieser im vorliegenden Falle ausgeschaltet und die Verhandlungen über die Wiedereinstellung nur vom Direktor geführt. Dabei wurde dem Arbeiter auch der Militärschein mit dem Rentenvermerk abgefordert. Nach ausdrücklicher Feststellung seiner normalen Leistungen forderte der Arbeiter nun die Zahlung des vollen vor dem Kriege bezogenen Lohnes. Es wurde ihm gesagt, daß darüber nur mit dem Direktor selbst gesprochen werden könnte. Der Arbeiter hatte nun zweimal Auseinandersetzungen mit dem Direktor, der dabei folgendes sagte: „Wenn Sie 21 Mk. bekommen, haben Sie mit der Rente 44 Mk. die Woche und das ist doch ein schöner Lohn.“ Auf die Frage, was denn die Rente mit dem Lohne zu tun habe, es käme doch nur die Arbeitsleistung in Betracht, erklärte der Direktor: „Mein Arbeitgeber wird die Rente auslassen bei der Lohnfestsetzung. Das will der Industrieschutzverband nicht haben.“ Da der Arbeiter die Rechtmäßigkeit solcher Entlohnung bestritt, erklärte der Direktor: „Der Industrieschutzverband will es nicht haben, daß zu der Rente auch noch der volle Lohn bezahlt wird. Ich kann es nicht, ich komme mit dem Industrieschutzverband in Konflikt. Das ist so festgesetzt.“ Als der Arbeiter sofort festnagelte, der Industrieschutzverband verlange also, die Arbeitgeber sollten sich an den Kriegskrüppeln bereichern, schwenkte der Direktor etwas ein und sagte: „Nun, das will ich nicht sagen. Aber kein Arbeitgeber wird Ihnen den vollen Lohn zahlen, und das muß ich auch so halten.“ Schließlich bot der Direktor 3 Mk. mehr, er wollte 24 Mk. Lohn geben, wobei er bemerkte: „Dann mache ich Sie zum Vorarbeiter, damit ich es verantworten kann.“ Der Hinweis auf den Industrieschutzverband ist bei der Unterredung mehrfach gefallen und zuletzt die Äußerung: „Ich kann nicht anders, ich gehöre dem Industrieschutzverbände an.“ Der Arbeiter bedankte sich für solchen Dank an die Vaterlandsverteidiger, er kündigte und hörte wieder auf.

Aus dem Vorgange ergibt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit, das der deutsche Industrieschutzverband seinen 5328 angeschlossenen Betrieben die Anweisung gegeben hat, kriegsbeschädigten Arbeitern unter allen Umständen, also auch bei voller Arbeitsfähigkeit, niedrigere Löhne zu zahlen als den anderen Arbeitern. Um nicht zu viel solche Personen in diese Methode einzuweißen, soll nur der Unternehmer, bzw. der oberste Fabrikleiter selbst die beschädigten Arbeiter annehmen und deren Löhne nach der Höhe der Kriegsbeschädigtenrente festsetzen. Um dieses Rentenrechnungsprinzip so gut wie möglich durchzuführen, hat der Industrieschutzverband einen eigenen Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte errichtet, trotzdem er auch in bürgerlichen Kreisen und bei Staats- und Stadtbehörden damit Verdrossenheit erregte. Das unbedingte Rentenrechnungsprinzip muß jedenfalls von jedem rechtlich und sittlich empfindenden Menschen in jeder Hinsicht als verwerflich angesehen werden. Die Rente soll nicht dem Unternehmertum Extraprofite ermöglichen, sondern in vollem Umfange den Kriegsverletzten zugute kommen, die auf den Schlachtfeldern ihre gesunden Glieder eingebüßt haben.

Demgegenüber ist das Verlangen durchaus berechtigt, daß der durch eine Kriegsverletzung in der Erwerbsfähigkeit Beschränkte, nicht allein nach der militärischen Charge, sondern auch nach seinem bisherigen Lohn Einkommen eine Entschädigung bekommen müßte. Also eine Rentenberechnung analog der in der Unfallversicherung.

Gemeinschaftsarbeit.

III. Weitere Stimmen zu meinem „Dreibunds“-Vorschlage.

In der Zeitschrift des Verbandes Deutscher Privatgärtner ist ein zweiter Aufsatz erschienen (den ersten, der mit „Rh.“ unter-

zeichnet war, haben wir schon in Nr. 41 mit abgedruckt), der sich zu dieser Angelegenheit äußert. Anscheinend stammt diese zweite Auslassung von Hauptvorstandsseite her, die Einleitung wenigstens deutet darauf hin. Wir wollen auch diesen Aufsatz hier in seinem vollen Wortlaut wiedergeben:

Einigkeit?

Zu diesem Artikel des Herrn Rh. in Nr. 41 des „Privatgärtner“ vom 1. Oktober d. J. möchten wir nachstehendes beifügen:

Erst heute in erster Kriegszeit wird es uns so recht bewußt, was im Frieden nicht alles der Inhalt von Klatsch und unwürdigem Weibergeschwätz gebildet, das uns jetzt in seiner ganzen kleinen Erbärmlichkeit anekelt. Mißverständnisse, Eifersüchteleien, persönlicher Ehrgeiz und nicht zum mindesten auch die Sucht, irgendwo sich bei der Hervorstellung der wertigen Person eine Nebeneinnahmequelle, beziehungsweise bezahltes Ehrenpöstchen zu verschaffen, waren die Motive zu solch' wenig männlichen, zuweilen sogar recht perfiden Treibereien. Daß hierbei der Blick für das große Ganze, zum Schaden der guten allgemeinen Sache oft gänzlich verloren ging, war unvermeidlich. — hierauf kam es auch für diese Art Leute garnicht an, für sie war die Hauptsache der Verfolgung ihrer direkten persönlichen Interessen. Solche Saat konnte natürlich wenig gute Frucht bringen, denn wer Wind säet, wird Sturm ernten, und es war des Haders und Gezänk's kleinlichster Vereinsmeierei kein Ende.

Wie so anders ist es doch schon heute geworden, wo das Sturmeswehen der Kriegsbedrängnis die Spreu vom Weizen hinwegfegt und nur übrig geblieben ist, was tatsächlich ersprießliche Leistungen erzeugt. Auch der deutsche Gärtnerstand kann hiervon ein Liedlein singen. — Einigkeit ist nie seine starke Seite gewesen, dies hat er zu seinem Schaden am eigenen Leibe erfahren, und mit wenig Stolz kann man von uns Gärtnern sagen: sie waren im Großen klein und im Kleinen groß. Wir alle wissen, wie riesig weit uns die engverwandte Landwirtschaft in allen wirtschaftlichen Fragen und Bestrebungen über ist, dank ihrer einmütigen, zielbewußten sachlichen Bestrebungen. Erst seit Gründung des Reichsverbandes für den deutschen Gartenbau ist seit drei Jahren wenigstens eine Stelle geschaffen, an der die Wünsche und das Wohl und Wehe der Träger des deutschen Gärtnerstandes gehört werden können.

Wenig friedfertige Gesinnung war auch zwischen den arbeitnehmenden gärtnerischen Verbänden, dem Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein und dem Deutschen (nationalen) Gärtner-Verband zu verspüren. Der V. D. P., dem von den vorgenannten in den letzten fünf Jahren viele besondere Lebenswürdigkeiten in den Weg gelegt wurden, kann auch ein Lied davon singen —, uns liegt es aber fern, dieses Bild in der Zeit des allgemeinen Burgfriedens irgendwie aufrollen zu wollen, den Tatsachen gemäß können wir nur bestätigen, daß wir stets die Angegriffenen waren und trotzdem sehr lebensfähig und vor allem sehr leistungsfähig geworden sind. Was man uns auch alles in den Weg gelegt hat, sei vergessen. Es war, wie Herr Otto Albrecht in seinem Artikel vom 4. September a. c. in der Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung „Einer muß den Anfang machen“ sehr richtig sagt, ein Jammer um diesen unnötigen Kampf. Wir müssen nochmals wiederholen, daß wir einen solchen Kampf niemals gewollt und auch niemals ins Leben gerufen haben. Wiederum bemerkt Herr Albrecht in dem vorgenannten Artikel sehr richtig, daß die bestehenden Gegensätze eingebildeter Art sind; ohne daß sie sich letzten Endes sachlich begründen lassen. Wir sind der Ansicht, und das muß hier ausgesprochen werden, daß die gegen uns gerichteten Angriffe von Berichterstattern stammten, deren Taten heute Herr Albrecht wohl auch nicht mehr guthießen würde. Doch, wie gesagt, über Geschehenes wollen wir nicht streiten; die Sache ist abgetan.

Was den V. D. P. betrifft, so ist dessen Tätigkeit durch seine Satzungen ganz genau festgestellt. Parteipolitische und religiöse Bestrebungen sind dem Verband Deutscher Privatgärtner fremd und dürfen auf den Generalversammlungen und in den einzelnen Gruppen nicht erörtert werden, noch darf sich der V. D. P. satzungsgemäß irgend einer politischen Organisation anschließen. Diese vorstehenden, satzungsgemäßen Bedingungen bestimmen deutlich das Verbleiben als Herr im eigenen Hause.

Der V. D. P. fördert die beruflichen, sittlichen und wirtschaftlichen Aufgaben des Gärtnerstandes. Mit diesem im § 2 unserer Satzungen voraufgestellten Leitsatz ist die Tätigkeit des V. D. P. genau festgelegt. Unser Bestreben ist es bisher gewesen und wird es auch für die Folge sein, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Privatgärtnerstandes nach Möglichkeit weitgehendst zu fördern und wird sich nicht nur allein auf die Hebung der direkten wirtschaftlichen Lage, sondern auf alles, was damit innerhalb des weiten Gebietes der Gärtnerei mehr oder weniger im Zusammenhang steht, wie Versicherungswesen, Unterstützungen, Lehrlingsausbildung, Fortbildungsschulwesen, Rechtsschutz, Stellennachweis, Gehaltsverbesserungen, Witwen- und Waisenunterstützung, Kriegsbeschädigtenfürsorge usw. erstrecken. Wir werden im Interesse des deutschen Privatgärtnerstandes überall das Gute nehmen, wo es zu finden ist und zur Hilfeleistung bei unserem Wirken sich darbietet. Wir sind der Ansicht, daß ein gemeinsames Arbeiten mit anderen gärtnerischen Vereinigungen in den verschiedensten wirtschaftlichen Fragen nur dem Ganzen zweckdienlich sein kann. Hierzu bedarf es aber eines „Bündnisses“ nicht, wenn jeder von dem guten Willen beseelt ist, dem großen Ganzen zu nützen. Selbstverständlich muß hierbei das Gefühl des gegenseitigen Vertrauens vorhanden sein. Dieses Vertrauen kann sich nur im Laufe der Zeit einstellen, denn niemand wird nach den Erfahrungen der letzten Jahre von dem V. D. P. verlangen können, daß er sich heute einer bedingungslosen Vertrauensseligkeit hingeben kann.

Der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein ist einer politischen Gewerkschaft angeschlossen, unbestritten bleibt, daß die Mitglieder auch dieser politischen Partei zugehörig und deren Wähler sind. Parteipolitische Strömungen irgend welcher Art kann der Verband Deutscher Privatgärtner satzungsgemäß weder mitmachen, noch sich in dieselben hinein ziehen lassen. Mit Bündnissen im großen hat unser deutsches Vaterland, wie die Kriegszeit gelehrt, sehr schlechte Erfahrungen gemacht, in der Folge wird man auch mit Bündnissen im kleinen sehr vorsichtig sein, zumal wenn sie heute unter der Flagge des allgemeinen Burgfriedens sich aufgetan. Wer mitten im heutigen wirtschaftlichen Leben steht, der weiß auch, daß im Zeichen des Burgfriedens so manches Kraut üppig gedeiht, was einem Geschäft täuschend ähnlich ist, gemacht für die Unbefangenen, die nicht alle werden. Sehr viel Optimismus und Vertrauensdusel gehört dazu, um sich in den schönen Gedanken einzuräumen, daß im kommenden Frieden aller parteipolitischer Hader und Zwist verschwunden ist. Wir wollen sicherlich, daß diese Hydra begraben wäre, wo das Meer am tiefsten, — aber der Menschen Leidenschaften, ob gut oder böse, sind bis an der Welt Ende nicht auszutilgen. Bündnisse im kleinen, zumal in Vereinigungen, waren bekanntlich stets von kurzer Lebensdauer, sie wären meistens besser nicht geboren worden, denn erneuerte, erbitterte Zwietracht und Bekämpfung, zumal auf dem Gebiete praktischer Netz- und Ansehnlichkeit im Mitgliederteich, haben immer wieder statt Einigkeit, Unfrieden erbitten lassen.

Als Schlußwort zur Sache erklären wir nochmals, daß wir alle friedlichen und maßvollen Bestrebungen zur Förderung der Interessen des deutschen Privatgärtnerstandes unterstützen werden, — wir sind deutsch, und „Deutsch“ heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun“.

Wie erkenntlich, klingen diese Darlegungen in mancher Hinsicht ähnlich, wie die von G. Hülser (in der Zeitschrift des Deutschen Gärtnerverbandes). Und es könnte — unter anderen Umständen: müßte — dazu gar manches gesagt werden. Um aber der Sache nicht zu schaden, die Auseinandersetzungen nicht auf ein abwegiges Nebengleis drängen zu helfen, schweigen wir lieber dazu. Nur in einem Falle wäre Schweigen falsch gewesen. Diesen hat sicherlich jeder unserer Leser sofort herausgefunden. Ich selbst entschloß mich, dazu folgenden Brief abzuschicken:

„Berlin, den 22. Oktober 1915.

An die Hauptverwaltung und den Hauptvorstand des Verbandes Deutscher Privatgärtner, z. Hd. des Hauptvorsitzenden, Herrn Obergarteninspektor H. R. Jung, Köln a. Rh.

In der Nr. 20 Ihrer Verbandszeitschrift „Der Privatgärtner“, vom 15. Oktober d. J., befindet sich u. a. ein Aufsatz mit der Überschrift „Einigkeit“. Es wird darin zu meiner in der Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung veröffentlichten Anregung, die drei Verbände der Angestellten und Gehilfen möchten sich zu einem Zusammenarbeiten auf gewissen Gebieten entschließen, Stellung genommen.

Dem Gedanken selbst wird in dem erwähnten Aufsatz des „Privatgärtner“ — wenn auch mit einigen Vorbehalten, die ich, nebenbei bemerkt, großenteils als selbstverständlich erachte — zugestimmt. Es liegt mir fern, Ihnen zumuten zu wollen, mich sonst in Ihrer Verbandszeitschrift zur Sache äußern zu dürfen. Sie wollen mir das aber in einem einzigen Punkte erlauben, der zwar nicht zu dieser Sache selbst gehört, der aber doch in dem Aufsatz „Einigkeit“ hervorgehoben wird. Im vorletzten Absätze dieses Aufsatzes steht folgende Behauptung:

„Der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein ist einer politischen Gewerkschaft angeschlossen, unbestritten bleibt, daß die Mitglieder auch dieser Partei zugehörig und deren Wähler sind.“

Ich will den guten Glauben des Herrn Verfassers durchaus nicht anzweifeln, sehe mich aber gezwungen, zu erklären, daß er sich damit in einem doppelten Irrtum befindet. Die wirklichen Tatsachen liegen nämlich ganz anders, sie sind folgende:

Erstens. Der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein ist ein unpolitischer gewerkschaftlicher Berufsverband, dessen Aufgabe darin besteht, „die geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder, auf Grund der für diesen Zweck in Betracht kommenden Gesetze, zu wahren und zu fördern“ (§ 2 der Satzungen). Er ist jenem Bündnis der freien Gewerkschaften angeschlossen, die in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Vertretung besitzen, deren Aufgabe es ist, alle Angelegenheiten, die diese Verbände gemeinsam angehen, zu bearbeiten und zu vertreten und die ferner dem Zwecke gegenseitiger moralischer und finanzieller Unterstützung dient. Diese Generalkommission ist ebenfalls unpolitisch, im besonderen ist sie kein Glied und keine Vertretung einer politischen Partei.

Zweitens. Es ist nicht bloß bestritten, daß die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins einer bestimmten politischen Partei zugehörig und deren Wähler sind, sondern es ist auch Tatsache, daß kein Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins auf irgend eine politische Partei verpflichtet wird, noch wird vom Verbandsverband jemand angehalten, oder danach gefragt, zu welcher politischen Partei er sich bekennt oder für welche er seine etwaige Wahlstimme abgibt. Tatsache ist auch, daß nur ein sehr geringer Teil der Mitglieder überhaupt politisch organisiert ist. — Den letzterwähnten Umstand will ich für meinen Teil aber nicht etwa als besonders lobenswert bezeichnen haben, denn meine persönliche Ansicht ist die, daß jeder volljährige Staatsbürger auch politisch organisiert sein sollte, jeder in der Partei, in die ihn seine ehrliche Überzeugung und sein Pflichtbewußtsein als Staatsbürger verweist. —

Wenn ich dieses hier feststelle, so möchte ich doch auch gleichzeitig noch betonen, daß es nicht aus Erwägungen heraus geschieht, um den Allgemeinen Deutschen Gärtner-Verein bei den Lesern des „Privatgärtner“ in einen sogenannten „besseren Geruch“ zu bringen. Ich darf wohl annehmen, daß kein einsichtiger, über öffentliche Angelegenheiten unterrichteter Mensch es überhaupt anrühlich finden kann, wenn der Eine dieser, der Andere jener Partei angehört oder sich zu den Grundgedanken dieser oder jener politischen Richtung bekennt, oder ob gar ein Berufsverband das tut. Eine solche Zugehörigkeit oder Geisteseigenschaft würde, wie der „Privatgärtner“ selbst anerkennt, auch kein Hindernis bilden brauchen, um mit anderen Verbänden des Berufs in Berufsfragen Gemeinschaftsarbeit zu leisten. Meine Feststellung erfolgt ausschließlich zu dem Zwecke, um einem weitverbreiteten Irrtum entgegenzutreten und der Wahrheit zu dienen. „Deutschsein“ heißt ja nicht bloß, „eine Sache um ihrer selbst willen tun“, es heißt noch manches andere mehr, im besonderen aber heißt es: wahrhaftig und aufrichtig sein. Und, wenn zwei oder mehrere ein Bündnis abschließen: die Treue wahren.

Wie aus dem „Einigkeits“-Aufsatze des „Privatgärtner“ hervorgeht, besteht auf Seiten des Verbandes Deutscher Privatgärt-

ner der ehrliche Wille eines gedeihlichen Neben- und Miteinanderarbeitens. Eine der Voraussetzungen dazu ist die gegenseitige Aufklärung von Irrtümern und die Beseitigung von Mißverständnissen. Die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung wird jederzeit gern bereit sein, wenn solches gewünscht wird, zu diesem Zwecke jedermann ihre Spalten zu öffnen. „Der Privatgärtner“ wird, denke ich, keine entgegengesetzte Haltung einnehmen. Im Vertrauen darauf habe ich diese Zeilen niedergeschrieben und gebe ich mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß diese meine Zuschrift in einer nächsterscheinenden Nummer des „Privatgärtner“ im Wortlaut abgedruckt werden wird.

Mit hochachtungsvollem Grüsse Otto Albrecht.“

Nachrichten von unsern Mitgliedern im Felde.

Aus dem Gau Frankfurt a. M.:

G. Lützler, Wiesbaden, liegt krank im Lazarett Kreuzburg, O.-Schl. — W. Ständicke, Mainz, laut Feldpostangabe vermißt.

Aus dem Gau Düsseldorf:

Franz Skorupka, Herne i. W., laut Feldpostangabe vermißt.

Aus dem Gau Hamburg:

Gustav Sicke, Hamburg, laut Feldpostangabe vermißt. — Josef Haltenhof, Hamburg, laut Feldpostangabe verwundet. — Max Schreitmüller, Kiel, liegt krank im Marine-Kriegslazarett Hamburg, Abteilung 4, Haus 30. — W. Dziejontkowski, liegt verwundet im Res.-Laz. Osterköthen b. Köthen i. Anh. — W. Koberg, liegt Militär-Lazarett Kiel, Feldstraße, Baracke A. — Fritz Hoppe, Hannover, durch Handgranate verwundet, wieder bei der Truppe. — Bernhard Grell, am Arm verwundet, liegt in der Martin-Schule in München. — Wilhelm Buhck, Hannover, Kopfwunde durch Granatsplitter, liegt in der Chirurgischen Klinik in Freiburg i. Br. — Friedhold Watteroth, Hannover, krank infolge eines Unfalls.

Aus dem Gau Berlin:

Erich Kunkel, früher in Hermsdorf bei Berlin, ist vermißt. — Karl Sattelberg, früher Berlin-Heinersdorf, verwundet. — H. Hundertmark, früher Berlin-Hermsdorf, durch Granatsplitter verwundet. — Heinz, früher Charlottenburg, liegt verwundet im Neuköllner Krankenhaus, Post Berlin-Britz. — Lietzau, früher Charlottenburg, verwundet. — Gonscherowski, früher Charlottenburg, verwundet. — Otto Schmidt, Stettin, zum Unteroffizier befördert. — Max Strube, schwer verwundet am Hinterkopfe, liegt im Evangelischen Krankenhause Station 3 in Köln-Lindenthal.

Das **Eiserne Kreuz** erhielten: **Otto Schmidt**, früher Stettin; **Prochnow**, früher Stadtgärtnerei Berlin, Revier 4; **R. Jungnickel**, früher Lichtenrade; **W. Schelmann**, Berlin.

Rundschau

Eine **Denkschrift der österreichischen Gewerkschaftskommission** die dem Minister des Innern vom Sekretär des Genossen Hueber und dem Schriftführer der Reichsratsfraktion Abgeordneten Genossen Seitz überreicht wurde, gibt ein Bild der Wirtschaftslage in Österreich, im besonderen auch über das Wirken der Gewerkschaften.

Ende 1913 gehörten den Zentralverbänden (ohne die technisch-autonomistischen) 415 195 Mitglieder an. Die scharfe Krise jener Zeit veranlaßte im ersten Halbjahr 1914 nur fünf österreichische Gemeinden, es endlich mit einem Anfang zu einer kommunalen Arbeitslosenunterstützung zu versuchen; die größte dieser Gemeinden — Graz — stellte 6000 Kronen dafür in den Vorschlag ein. In Wien, Prag, Brünn usw. war man über vorbereitende Erwägungen mit größtenteils verneinendem Ergebnis nicht hinausgekommen. Die mit Kriegsbeginn einsetzende Arbeitslosigkeit verminderte sich bald ebenso wie in Deutschland. Ende 1914 hatten die Zentralverbände nur noch 240 681 Mitglieder; ihre Ausgaben waren 1914 um 1,6 Millionen Kronen gestiegen, es wurden an Arbeitslosenunterstützung allein in diesem Jahre bei 8,2 Millionen Gesamteinkommen (fast 2 Millionen weniger als 1913) und 9,9 Millionen Gesamtausgaben, 3 Millionen aufgewendet. Dabei waren die meisten Verbände zur Herabsetzung der Unterstützungssätze genötigt.

In sehr eindringlichen und beweiskräftigen Darlegungen fordert die Denkschrift ein rechtzeitiges Eingreifen des Staates zur Vorbereitung der Zurückführung der Volkswirtschaft auf den Friedenszustand; es wird für den Fall der Unterlassung ein Wiederaufleben der Abwanderung gerade der qualifizierten Arbeiter nach den Ländern mit vorgeschrittener Sozialpolitik (Deutschland, England) vorausgesagt. Die Gewerkschaftskommission betont, daß die allerdings nur zur Friedensarbeit gegründeten, finanziell schon so außerordentlich stark in Anspruch genommenen Gewerkschaften zur Mitarbeit an dieser ausschlaggebend wichtigen Arbeit des Staates bereit sind.

Den Wert einer Versicherung bei der Volksfürsorge

empfang in letzter Zeit wieder die Frau des Bergmanns J. L. in Essen. Ihr Mann hatte am 1. März 1914 bei der Volksfürsorge eine Versicherung nach Tarif II abgeschlossen, welche ihm bei einer halbjährlich zu zahlenden Prämie von 1 Mk. bei eintretendem Tode, spätestens aber nach 25 Jahren, eine Summe von 440 Mk. garantierte. Am 4. August 1915 erlitt der Mann auf der Zeche „Humboldt“ in Mülheim durch einen Absturz in einem Aufbruch eine Zerschmetterung des Schädels, worauf der Tod sofort eintrat. Die Witwe erhielt darauf alsbald die fällige Versicherungssumme im Betrage von 426 Mk. ausgezahlt. An Prämien sind dafür 34 Mk. geleistet worden.

Ein anderer Bergmann in Gelsenkirchen hat am 1. November 1913 sein sechsjähriges Söhnchen nach Tarif IV versichert, um in dessen 20. Lebensjahre 95 Mk. ausgezahlt zu erhalten. Der Junge starb aber schon am 9. August 1915 an einer infolge von Scharlach eingetretenen Nierenentzündung, worauf an den Vater die Summe von 92 Mk. ausgezahlt wurde. An Prämien sind 21 Mk. bezahlt worden.

Gerechter Zorn über den Lebensmittelwucher.

Im konservativen „Reichsboten“ erhebt ein evangelischer Pfarrer bittere Klage über den Lebensmittelwucher. Er schreibt da am Schluß:

„Wir werden uns später an dieses Große und Erhabene aus dem Kriegsjahre erinnern können. Aber wir werden mit Trauer feststellen müssen, daß unsere verantwortlichen Stellen des übelsten Wuchers nicht Herr geworden sind, der sich namentlich fort und fort auf dem Lebensmittelmarkte breit macht. Gerade die Sorge für die innere Einheit unseres Volkes treibt uns, immer wieder auf diese Tatsache hinzuweisen. Denn dadurch wird eine Saat der Verärgerung und Verbitterung gesät, die erst in Friedenszeiten, wenn die notwendigsten Rücksichten fallen, ihre bitteren Früchte trägt. Es will uns scheinen, als ob man an maßgebenden Stellen über die Stimmung des Volkes zu diesen Fragen nicht genügend unterrichtet ist. Für die Kriegszeit werden wir uns nun wohl damit abfinden müssen, daß ein großer Teil notwendiger Gebrauchsgegenstände unnötig verteuert wird unter der Wirkung des Dogmas, daß der Krieg alles verteuern müsse (Cui bono = zu welchem Nutzen?) Möchte man aber jetzt schon anfangen, auf Mittel und Wege zu sinnen, daß mit dem Frieden wieder normale Preisverhältnisse bald wiederkehren und der Wucher mit eiserner Faust gepackt wird.“

Der Pfarrer illustriert seine Klage mit einer Reihe von Angaben über sehr hohe Kriegsgewinne.

Bekanntmachungen

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein

Hauptverwaltung: Berlin S 42, Luisenufer 1 — Fernruf: Moritzplatz, 3725 —
Postcheckkonto Nr. 10301, Albert Lehmann, Berlin.

Diese Woche ist der 44. Wochenbeitrag fällig.

Gaue und Ortsverwaltungen

Berlin. Ortsverwaltung. Mitglieder, die bereit sind, abends, nach Feierabend, in Kranzbindingen auf Akkord zu arbeiten, wollen sofort ihre Adresse angeben. Es ist auch anzugeben, von welcher Abendstunde an gearbeitet werden kann.

— Am Sonnabend, den 13. November, im Gewerkschaftshaus allgemeine Mitglieder-Versammlung. Näheres durch Zettel.

Hamburg. Ortsverwaltung. Berichtigung zum Kriegsnotfonds aus Nr. 42. An die Ortsverwaltung Hamburg von Karl Vagt (nicht Wegt) 5,00 Mk.; Arthur Wilde (nicht Witte) 2,00 Mk.

Es sandten ferner aus dem Felde für den Kriegsnotfonds: Richard Holz 4,00 Mk.; Karl Strohbehn 1,00 Mk.

C. Klus.

Briefwechsel.

Unterrichtsbriefe für Fortbildung. Ein Verbandsmitglied, gegenwärtig beim Heeresdienst, hat sich zum Zwecke seiner Weiterbildung das Werk: „Rustin, Gymnasium (Unterrichtsbriefe)“ angeschafft. Die einzelnen Briefe lehren Rechnen, Deutsch, Geschichte, Geographie, Naturgeschichte, Latein, Griechisch, Französisch. Der Anschaffungspreis betrug 168,65 Mk. Weil zum Heeresdienst eingezogen, will der Kollege dieses Werk billig verkaufen, ganz oder geteilt. Alles ist sehr gut erhalten. Anfragen wolle man richten an: Pionier H. Semmler, Hann.-Münden, Pionier-Batl. 11, II. Rekruten-Depot.

Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Mitglieder.

Franz Beckmann,
geb. 5. Dez. 1893 in Warsin, eingetr. 7. Febr. 1913, zuletzt im Bezirk Heinersdorf-Berlin, laut Feldpostangabe gefallen.

Konrad Böttcher,
geb. 3. Febr. 1881, eingetr. 10. Dez. 1913, fiel am 20. Sept. im Osten. War Einzelmitglied des Gaues Berlin.

Hermann Buße,
geb. 21. Nov. 1888, eingetr. 11. Mai 1907 in Hamburg, zuletzt Mitglied in Hamburg, gefallen.

Albert Eisenmann,
geb. 24. Mai 1894, eingetr. 1. April 1913, am 3. Mai gefallen.

Richard Heinrich,
früher in Mahlsdorf bei Berlin, diente aktiv, laut Feldpostangabe gefallen.

Max Köhler,
geb. 7. März 1891 in Waldenburg i. S., eingetr. 27. Febr. 1910 in Barmen, im Westen gefallen.

Robert Koschwitz,
geb. 15. Juni 1894 in Berlin, eingetr. 28. März 1913 in Charlottenburg zuletzt Mitglied in Hamburg, gefallen.

Kimpel,
diente im Brigade-Ers.-Batl. 29, 2. Komp., früher Mitglied in Köln (nähere Angaben fehlen), laut Feldpostangabe gefallen.

Bruno Makowski,
geb. 10. März 1891 in Thorn, eingetr. 15. Juni 1911, zuletzt in Berlin-Mariendorf, laut Feldpostangabe im September gefallen.

Otto Sander,
geb. 1. Aug. 1883, eingetr. 13. Okt. 1911, zuletzt Stadtgärtnerei Steglitz beschäftigt, fiel am 26. Sept. in den Karpathen.

Helmuth Schoknecht,
eingetr. 1. Sept. 1910 in Rostock, zuletzt Mitglied in Hamburg, an den Folgen einer Verwundung am 13. Sept. im Lazarett in Bruchsal verstorben.

EHRE IHREM ANDENKEN!

Anzeigenteil.

Zwecks Sammlung bittet organisierter Kollege um Ueberlassung von **erlaubten Skizzen, Zeichnungen, Photos, Beschreibungen von Kriegergräbern in Feindesland.**

Zusendungen evtl. Angeb. erbitten u. G. F. 20956 an Verlag Jos. Wichterich.

Wirtschaftlich gebildetes junges Mädchen, das von Ostern 1916 ab Gartenbauschule besuchen will, sucht bis dahin Stellung in größerer Gärtnerei, wo es sich gärtnerisch betätigen kann, ohne gegenseitige Vergütung oder geringe Pension. Geil. Angebote unter F. Z. 660 an die Geschäftsstelle d. Mecklenb. Tagebl. in Wismar, Mckl.

Zum sofortigen Antritt bei gutem Gehalt wird ein

Park- und Landschaftsgärtner für ein größeres Anwesen gesucht, der in selbständiger Tätigkeit bewährt ist. Offerten unter R. B. G. 333 an Josef Wichterich, Leipzig, Bosestraße 6.

Verkehrslökal für Gärtner.

Blankenese. Rest. O. Baumann, Dockenhuden, Bahnhofstr. 12.
Vers. Sonnabend nach d. i. u. 15.
Braunschweig. Verkehrslökal Restaur. Bierglocke, Ecke Schlobstr. Vers. alle 14 Tg. Samstags.
Mannheim. Herberge: Gewerkschaftshaus F. 4. 8. Verkehrslökal im Rest. zur Bergstraße

Sämtliche Fachbücher zu Originalpreisen liefert **Andreas VOB,** Vöbiantus-Verlag, Berlin SW 57, Potsdamer Str. 64.

Gärtnerei

15 Morgen groß, wegen Einberufung anderweitig zu verpachten, auch Lagerplätze in jeder Größe. Zu erfragen beim Eigentümer, Berlin-Reinickendorf, Grüner Weg 53